

# südwest**blick**

## Kein Golfplatz auf der Park Range

Erklärung des Bezirksvorstand DIE LINKE zum Landschaftspark Lichterfelde Süd



Foto: tiki

**In der naturwüchsigen Landschaft haben sich selten gewordene Tier- und Pflanzenarten angesiedelt.**

**D**er Bezirksvorstand DIE LINKE Steglitz Zehlendorf tritt dafür ein, das ehemalige militärische Übungsgelände in Lichterfelde Süd als Naherholungsgebiet für die Lichterfelder und Berliner Bevölkerung zu erschließen.

Der Flächennutzungsplan und das Landschaftsprogramm sind dahin gehend zu ändern, dass die halboffene Weidelandschaft mit den angrenzenden Waldflächen als Grün-, Landwirtschafts- und Waldfläche dargestellt wird. Das Gelände stellt einen nicht unerheblichen Bestandteil des sogenannten Grüngürtels, der die städtische Fläche Berlins umschließen soll, dar. Ebenso ist der Landschaftspark Lichterfelde Süd laut des 2004 geänderten Landschaftsprogramms Bestandteil der Ausgleichskonzeption, das heißt hier sollen Flächen für Ausgleichsmaßnahmen freigehalten werden. Entsprechend dem Berliner Naturschutzgesetz, § 35, Betreten der Flur (siehe Seite 2) fordern wir die sofortige Öffnung des Geländes.

des. Die extensive Pferdehaltung des »Holderhofes« trägt zur Erhaltung und Pflege des Geländes bei und sollte fortgeführt werden.

Die Eigentümerin des Geländes, die Vivico, wirbt für eine planungsrechtliche Widmung ihres Gebietes für Wohnungsbau und für die Anlage eines Golfplatzes bei den zuständigen politischen Verantwortlichen im Bezirk und im Land. Die wirtschaftlichen Interessen der Eigentümerin stehen somit den Interessen des Natur- und Umweltschutzes gegenüber. Die Realisierung der Absichten der Eigentümerin würde zu einer Vernichtung eines einmaligen natürlichen Biotops führen, das sich dort entwickelt hat. Die Interessen der Eigentümerin stehen auch im Widerspruch zu dem Bedürfnis nach Naherholung für die Bevölkerung, insbesondere der Menschen der angrenzenden Thermometer Siedlung. Die Erhaltung und Schaffung von Grün- und Erholungsflächen ist eine bedeutsame Anforderung des Berliner Landschaftsprogramms. Die Anlage eines Golfplatzes am Rand

eines sogenannten sozialen Brennpunktes ist aus mehreren Gründen fragwürdig. Erstens aus ökologischen Gründen. Durch die Anlage eines Golfplatzes würde die Natur, die sich über lange Zeit entwickelt hat zerstört, seltene Tiere und Pflanzen vernichtet. Ein weiterer Aspekt ist, dass für die Pflege und Erhaltung eines Golfplatzes riesige Mengen Wasser und Düngemittel benötigt werden. Auch durch den Einsatz biologischer Düngemittel würde das jahrzehntlang gewachsene natürliche Bodengefüge gestört werden. Der extreme Verbrauch von Wasser zieht ebenso erhebliche Einwirkungen auf den Bodenwasserhaushalt des umliegenden Gebietes nach sich.



Zweitens aus sozialpolitischen Gründen. Die Menschen aus dem angrenzenden Wohngebiet, die zu einem erheblichen Teil von Hartz IV leben, können sich wohl kaum eine Mitgliedschaft in einem Golfklub leisten. Ein Golfplatz würde weiterhin durch hohe Zäune abgesperrt. Ein offenes Naherholungsgebiet würde hingegen Möglichkeiten für soziale Projekte für Jugendliche aus der unmittelbaren Nachbarschaft bieten.

Die Eigentümerin des Geländes, wirbt für eine planungsrechtliche Widmung ihres Gebietes für Wohnungsbau.

➔ **Lesen Sie bitte weiter auf Seite 2**

**DIE LINKE.**  
Bezirksverband  
Steglitz-Zehlendorf

südwest**blick**

Ausgabe 3/2010  
die-linke-steglitz-zehlendorf.de



Fotos: uki



Erst war das Gelände militärisches Sperrgebiet. Die amerikanische Armee übte dort in Haus- und Hochbahn-Attrappen den Häuserkampf. Nach der Aufgabe des Übungsplatzes sollten Wohnungen für die Beamten aus Bonn entstehen. Doch diese zog es in noblere Gegenden. In all den vielen Jahren konnte sich die Natur weitgehend ungestört entwickeln. Die weidenden Pferde des Holterhofes trugen zur Landschaftspflege bei. Selten gewordene Tier- und Pflanzenarten siedelten sich hier an.

Jetzt droht wieder die Bebauung des Geländes, »versüßt« mit der Anlage eines Golfplatzes. Die gewachsene Natur wird dabei zerstört und die Bewohner/innen der Thermometersiedlung blieben außen vor, wären nur Zaungäste. In Landschaftspark würde der Natur nützen und wäre für alle da. Uki

## **Auszug aus dem Berliner Naturschutzgesetz:**

### **Erholung in Natur und Landschaft**

#### **§ 35 Betreten der Flur**

(1) Das Betreten der Flur auf privaten Straßen und Wegen sowie auf ungenutzten Grundflächen und landwirtschaftlichen Nutzflächen außerhalb der Nutzzeit ist zum Zweck der Erholung auf eigene Gefahr gestattet. Als Nutzzeit gilt die Zeit zwischen der Saat oder Bestellung und der Ernte, bei Grünland die Zeit des Aufwuchses. Radfahren auf Wegen und Fahren mit Krankenfahrrädern ist dem Betreten gleichgesetzt; Fußgänger haben Vorrang. Das Betretungsrecht darf nur so ausgeübt werden, dass die Belange der anderen Erholungssuchenden und die Rechte der Eigentümer nicht unzumutbar beeinträchtigt werden. Vorschriften des öffentlichen Rechts, die das Betreten der Flur im weiteren Umfang gestatten oder die Betretungsbefugnis einschränken, bleiben unberührt.

## **Kein Golfplatz auf der Park Range**

### **→ Fortsetzung von Seite 1**

Es ist nach allen Erfahrungen mit ähnlichen Projekten davon auszugehen, dass Grundstücksspekulationen mit dem Ziel maximaler Renditen das Ergebnis sein werden. Dass dadurch dringend erforderlicher, preiswerter und bezahlbarer Wohnraum entsteht, muss angezweifelt werden. Es ist vielmehr zu erwarten, dass ein Nobelquartier mit der besonderen Attraktion eines angeschlossenen Golfplatzes entstehen würde. DIE LINKE lehnt deshalb und aus den genannten ökologischen Gründen eine Bebauung des Geländes ab.

DIE LINKE Steglitz-Zehlendorf unterstützt die Bürgerinitiative und fordert die Politik auf, sich dafür einzusetzen, dass ökologische Belange Vorrang vor ökonomischen Interessen haben. Die Bedürfnisse der Menschen nach Naherholung und intakter Umwelt müssen wichtiger sein als die Gewinnerwartungen der Investoren.

**Eberhard Speckmann**

Bezirksvorsitzender  
DIE LINKE Steglitz-Zehlendorf

# Beschluss des Sachverständigenbeirats

DER LANDESBEAUFTRAGTE FÜR NATURSCHUTZ UND LANDSCHAFTSPFLEGE

Prof. Dr. Ingo Kowarik im Hause der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Am Köllnischen Park 3, 10179 Berlin

Amtspost: Am Köllnischen Park 3, 10173 Berlin  
 Fachpost: SenStadt I LB  
 Telefon: 030 / 9025 -1013

-1030

Telefax: 030 / 90 25 -1057

E-Mail: LandesbeauftragterfuerNaturschutz@

SenStadt.Berlin.de:  
 kowarik@tu-berlin.de

Datum: 23.09.2010

## Beschluss des Sachverständigenbeirats für Naturschutz und Landschaftspflege zum ehemaligen Militärgelände südlich der Thermometersiedlung in Lichterfelde-Süd

Beschluss-Beirat-NL-23-09-10

Das ehemalige militärische Übungsgelände in Lichterfelde Süd ist naturschutzfachlich von herausragendem Wert und weist einen hohen Anteil an schutzbedürftigen Arten und Lebensgemeinschaften auf. Besonders bedeutsam sind die offenen, von Einzelgehölzen und Gehölzbeständen durchsetzten trocken-warmen, nährstoffarmen Lebensräume, die nach der militärischen Nutzung vor allem durch die Beweidung mit Pferden erhalten und positiv entwickelt werden konnten. Darunter finden sich nach § 26a NatSchG Bln besonders geschützte Trockenrasen, Frischwiesen sowie Wald- und Vorwaldflächen. Letztere sind auch nach dem Landeswaldgesetz besonders geschützt. Diese einmalige halboffene, strukturreiche „Lichterfelder Weidelandschaft“ stellt mit ihren artenreichen Krautfluren, Gebüsch und Vorwäldern einen unbedingt erhaltungswürdigen „Hotspot“ der Biodiversität in Berlin dar. Sie ist zudem auch Lebensraum zahlreicher gesetzlich besonders geschützter, stark gefährdeter und vom Aussterben bedrohter Tier- und Pflanzenarten. Nach dem Kenntnisstand der 1990er Jahre sieht der Flächennutzungsplan auch eine bauliche Entwicklung auf Flächen vor, die inzwischen einen hohen naturschutzfachlichen Wert aufweisen. Entgegen den Planungen in den 1990er Jahren, die auf der damals gerade aufgegebenen Fläche des ehem. Militärgeländes wenig naturräumliches Potenzial sahen, hat sich das Gelände gerade in diesem Bereich landschaftlich und naturräumlich so positiv entwickelt, dass der größte Teil des Gebietes auf der aktuellen Arbeitskarte „Biotopverbund“ des Landschaftsprogramms zum Biotop- und Artenschutz aufgrund der hohen Zielartendichte als wertvoll einstuft wird.

Aus diesem Grund empfiehlt der Sachverständigenbeirat für Naturschutz und Landschaftspflege der Bezirksverordnetenversammlung des Bezirks Steglitz-Zehlendorf und der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung:

- „den Flächennutzungsplan und das Landschaftsprogramm dahin gehend zu ändern, dass die naturschutzfachlich bedeutsame halboffene Weidelandschaft mit den angrenzenden Waldflächen als Grün-, Landwirtschafts- und Waldfläche dargestellt wird.
- diese wertvolle Weidelandschaft und die Waldflächen als Landschaftsschutzgebiet zu sichern, um sie dauerhaft als besonders artenreiches Lebensraummosaik und attraktive Erholungslandschaft -im Zusammenhang mit dem Regionalpark Teltow -im Süden Berlins zu entwickeln; das Beweidungsmanagement mit Pferden war bislang ungemein erfolgreich und sollte daher möglichst fortgeführt werden.
- die Möglichkeiten zu prüfen, die Aufwertung der Fläche als potentielle Ausgleichsfläche im Rahmen eines Flächenpools für Eingriffe des Grundstückseigentümers innerhalb Berlins anzurechnen.“

Prof. Dr. Ingo Kowarik

# Es kommt was von rechts – aus der (politischen) Mitte der Gesellschaft

Zu den Folgen der Agenda-Politik



Foto: uki

## Sozialleistungen nur für Deutsche??? Nazi-Schmiererei in Lichterfelde

**D**ie Wochenzeitung »Die Zeit« titelte kurz nach der Veröffentlichung des Buches von Thilo Sarrazin »Deutschland schafft sich ab« ihren Kommentar »Kommt was von rechts?«. Dabei bezog sich das Blatt auf mögliche Kräfteverschiebungen im bürgerlichen Lager und sah in Sarrazins Text die diskursive Verdichtung eines latenten Rechtspopulismus.

Ohne Zweifel thematisiert Sarrazin aktuelle Strukturprobleme unserer Gesellschaft: die Krise des Sozialstaates, die Aushöhlung demokratischer Repräsentanz und den Niedergang der Volksparteien CDU und SPD. Schon das Lambsdorff-Papier (FDP) von 1982 forderte die Verschlankung des »überbordenden Sozialstaats« und die Politik der Agenda 2010 der rot-grünen Koalition wollte die »unproduktiven« Transferlasten des Sozialstaats minimieren.

Das alles ist nach Sarrazin gescheitert, daher sein Warnruf, dass die »unterschiedliche Fruchtbarkeit von bildungsnahen und bildungsfernen Schichten« das intellektuelle Potenzial unserer Gesellschaft sinken ließe; diese Tendenz werde durch die Zunahme des Anteils von Menschen mit muslimischem Hintergrund verstärkt, deren kulturelle Fremdheit und ihre größtenteils bildungsferne Herkunft sich in schlechten Bildungsleistungen zeigen. Sarrazin spitzt dann die Naturalisierung einer ökonomischen Kosten-Nutzen-Analyse muslimischer Mitbürger/innen weiter zu: »Damit kann auch die Möglichkeit, dass Verschiebungen in der Bevölkerungsstruktur dysgenische Wirkungen (d.h. anomale Entwicklung aus genetischen Gründen – H.H.) haben, nicht grundsätzlich geleugnet werden« (353).

Die anschließende politische Debatte brachte durch eine Vermengung verschiedenster Aspekte und Phänomene einen »diskursiven Dammbreach« (von Lucke) zustande, durch den

ein latentes Potenzial an gesellschaftlichen Ressentiments unter dem Stichwort »Integrationsunwilligkeit« gegen solche Bevölkerungsgruppen freigesetzt wurde, die Sarrazin als parasitäre Belastung des sozialstaatlichen Transfersystems ausgemacht hatte.

Anstatt andere gesellschaftliche Gruppen in ihrer Unterschiedlichkeit und Ungleichheit zu akzeptieren, wird das Ressentiment gegen andere/fremde und zumeist schwächere Mitbürger/innen zur verbreiteten Handlungsorientierung. »Jede Ausgrenzung von Gruppen, wie Sündenbock-Schemata überhaupt, basiert im Kern auf einer rechtsextremen Einstellung, da sie die Ungleichwertigkeit von Menschen im Alltag legitimiert und verfestigt. Die Legitimation von rechtsextremem Einstellung wird immer dann erfahren, wenn die Ungleichheit in der Gesellschaft in der öffentlichen Inszenierung (Herv. H.H.) zur Erfahrung der Ungleichwertigkeit wird.....Jede Form von Denunziation von Arbeitslosen als zu faul, als nicht leistungsbereit, oder die periodisch auftretende Ahndung von Transferempfängern als Betrüger schafft ein Klima der Stigmatisierung und Ungleichwertigkeit, das der Nährboden für rechtsextreme Einstellungen ist« (Friedrich Ebert Stiftung 2006).

Der SPD-Vorsitzende Gabriel hat auf Sarrazin einerseits schnell und treffend reagiert: Es geht in dem Buch »im Kern gar nicht um Integration. Es ist ein Buch über »oben« und »unten« in unserer Gesellschaft....Sein Buch ist ...die Rechtfertigung für eine Politik, die zwischen (sozioökonomisch) wertvollen und weniger wertvollen Leben unterscheidet....Sarrazin führt keine Integrations-, sondern eine Selektionsdebatte«, und Gabriel zeigt sich besorgt, dass von weiten Teilen der Öffentlichkeit der Rückgriff auf die Eugenik als »notwendiger Tabubruch« akzeptiert wird (Die Zeit v. 16.9.10).

Andererseits geht Gabriel nur unzureichend

auf den von Sarrazin benannten Kern, nämlich auf den schon in der Agenda-Politik konstruierten Zusammenhang von Sozialtransfers und individueller (Integrations-)Leistung ein. Er belässt so nicht nur die sozioökonomische Deutungshoheit bei Sarrazin, der das »Fordern und Fördern« offensiv in ein repressives Regime des »Förderns durch Fordern« umwandelt, sondern er folgt in Teilen seinem Konzept: »Aber natürlich müssen wir auch fordern. Egal ob Deutscher oder Ausländer: Wer seine Kinder nicht regelmäßig und pünktlich in die Schule schickt, dem schicken wir die Polizei vorbei und der bezahlt auch empfindliche Bußgelder – auch dann, wenn er Hartz-IV-Bezieher ist...« (Spiegel-online 20.9.10). Hier fließt die in großen Teilen der SPD-Führung vorherrschende Bewertung angeblich unüberwindbaren Grenzen des Sozialstaates mit der politischen Forderung nach Sanktionierung und Bestrafung zu einem neuen Armuts-, Unterklassen- und Integrationsmanagement zusammen – der Sache nach eine Fortschreibung der Agenda-2010-Politik.

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein reiches Land und kann es durchaus bei solidarischer Umverteilungspolitik über einen gewissen Zeitraum verkraften, einen Teil der Bevölkerung ohne aktuelle individuelle Gegenleistung auch in würdigen Lebensformen zu stützen. Der von Sarrazin losgetretene sozialpolitische Lösungsansatz dagegen verschiebt eine Politik halbherziger sozialer Inklusion (SPD/Grüne) und zielgerichteter Haushaltsanierung (CDU/FDP) nachhaltig nach rechts in eine »neozosiale Zukunft« (U. Pfeiffer 2010), die die Interessen der (gehobenen) Mittelklassen mit einer härteren Exklusionsgangart auf Kosten der Unterschichten zu verknüpfen sucht.

Werden sich dabei Sozialdemokratie und Grüne als widerständig erweisen? Haben beide demgegenüber ein alternatives gesellschaftliches Projekt?

Die Möglichkeiten einer emanzipatorischen Politik ergeben sich für die – in einem weiten Sinne – politische Linke aus der Wahrnehmung und Bündelung des demokratischen Unbehagens in großen Teilen der Wahlbevölkerung (Abwanderung von 4 Mio. der Schwarz-Gelb-WählerInnen zu den NichtwählerInnen) zu einem Protestpotenzial gegen den neoliberal geführten Umbau der Gesellschaft. Wir treten ein für eine solidarisch-regulierte Ökonomie mit sozialer Inklusion und für die Rechtsgleichheit aller Bürger/innen unabhängig von ihrer kulturellen, ethnischen und religiösen Zugehörigkeit.

**Hasko Hüning**



Wird der Platz wieder zu sportlichem Leben erwachen oder wittern gar Immobilien-Haie einen fetten Brocken?

## Sport-Diplomatie

Baseballspielen nicht erwünscht

**V**iele Jahrzehnte lang existierte, begründet von der US Army, an der Ecke Stewardstraße/Am Waldfriedhof ein Baseballplatz. Sportlicher Betätigung der Soldaten und höheren Bedienten des diplomatischen Korps, vor allem aber ihrer Familien und Nachkommenschaft, wurde hier auf uramerikanische Weise ein Freiraum geschaffen. Auch nach dem Abzug der Armee betrieb der Verein »Diplomatic Softball League (DSL)« den Platz weiter. Die in die umliegenden Mietshäuser eingezogenen Familien störten sich nicht weiter am gelegentlichen Trainings-

geschehen, niemand fragte nach den rechtlichen Grundlagen dafür.

Niemand? Nein. Denn an einer Ecke des Platzes, die zuvor unbebaut geblieben war, ist nunmehr ein Eigenheimprojekt mit mehreren Einfamilienhäusern entstanden. Und zwei der dort eingezogenen Familien klagten gegen den Spielbetrieb – weil sie fürchteten, dass über das Gelände hinausgeschlagenen Baseballbälle (sowas kommt schon mal vor, trotz Fangzaun) enormen Schaden an Personen und Fensterscheiben anrichten könnten.

Im sich anschließenden Verwaltungsgerichtsprozess kam heraus, dass die Fläche im

Bebauungsplan des Bezirks überhaupt nicht als Sportfläche, sondern als Grünfläche ausgewiesen ist. Somit bestand, zumindest seit Übertragung der Fläche von der alliierten Militärverwaltung an das Bezirksamt in der Mitte der 1990er Jahre, keinerlei Rechtsgrundlage für den Baseballplatz. Das Bezirksamt war daher gezwungen, den Platz umgehend zu schließen (siehe Abbildung).

Baustadtrat Uwe Stäglin (SPD) sieht nun keine Möglichkeit mehr, den Platz als Baseballplatz wieder zu eröffnen. Er verwies die DSL nun auf die beiden anderen im Bezirk bestehenden Baseballplätze. Dort ist die DSL allerdings nur gnädig geduldeter Gast. »Wir haben uns gekümmert; das heißt nicht, dass wir den Verein zufriedengestellt haben«, so Stäglin.

Wie kam es nun zur Ausweisung als Grünfläche? Stäglin vermutet, dass die Verwaltung schon Anfang der 90er Jahre wegen der engen räumlichen Nähe zur Wohnbebauung einen Weiterbetrieb der Sportfläche als problematisch ansah und daher die Übertragung in den Bestand des Grünflächenamts anordnete, womit automatisch eine Nutzung als Grünfläche in den Bebauungsplan aufgenommen wird. Eine Änderung dieses Eintrags »durch einen reinen Verwaltungsakt«, also Beschluss der BVV, hält Stäglin nicht für möglich.

Daher hat die BVV nunmehr, auf Antrag der Grünen, einen Prüfauftrag beschlossen, inwieweit »die Nutzung durch sportliche Aktivitäten« wieder legalisiert werden kann. Spätestens »bis zum Frühjahr« soll die Fläche der Bevölkerung als Spiel- und Sportfläche zur Verfügung stehen. Man wird sehen. Es wäre außerordentlich schade, wenn die lange Tradition der Pflege dieses Sports an historisch bedeutsamer Stelle nun endgültig beerdigt werden müsste. **omo**

## Der Stolz der 2. Kompanie

**A**uf Betreiben der CDU unterhält der Bezirk-Steglitz-Zehlendorf seit 1997 eine Patenschaft mit dem Wachbataillon des Verteidigungsministeriums. Im November 2010 wurde, für seine besonderen Verdienste um die Bundeswehr, und im Speziellen um den Austausch zwischen Bezirk und 2. Kompanie dieses Bataillons, dem Bezirksbürgermeister Norbert Kopp sogar das »Ehrenkreuz der Bundeswehr in Gold« verliehen. Eine Auszeichnung, die, wie das Bezirksamt stolz betont, »nur in Ausnahmefällen an Zivilisten verliehen wird«.

Was ist der Gegenstand dieser engen Beziehung zwischen Zivil- und Militärleben? In der Patenschaftsurkunde heißt es dazu: »Steglitz erfährt durch die Anwesenheit von Bürgern

in Uniform in vielfältiger Weise Bereicherung, die sich auf alle Gebiete des gesellschaftlichen und politischen Lebens bezieht«. Stimmt, leider. In Steglitz-Zehlendorf ist ein geradezu hymnischer Militär-Kult im Zivilleben zu beobachten. Das geht von der sentimental Verherrlichung der Zwangserziehung in der preußischen Kadettenanstalt über die bruchlose Traditionspflege der Militäreinrichtungen im Bezirk bis hin zur Vorstellung, Steglitz-Zehleendorfer Gymnasiasten seien die ideale Rekrutierungsbasis für die Offiziere von morgen.

Regelmäßig präsentiert sich das Wachbataillon bei offiziellen Empfängen im Bezirk. »Grüne-Teufel«-Fan »Anullu22« kommentiert einen solchen, auf youtube dokumentierten, Auftritt des Drill-Teams des Wachregiments im Zehleendorfer Rathaus folgendermaßen (das Zitat ist

es wert, hier im vollständigen Wortlaut wiedergegeben zu werden): »Sehr schneidig! Leider keine schicke Uniform. Aber gegen den allgemeinen deutschen ‚Das Dritte Reich-Komplex‘, hinter dem sich unsere Politiker nicht hervortrauen und linke Spinner und Gutmenschen das ausnutzen, kann man nichts machen und so muss sich die Bundeswehr mit solchen Schwuchtel-Uniformen präsentieren oder besser gesagt herumschlagen, obwohl die Jungs weiß Gott eine schnittige Uniform verdient hätten. PS: Die Preussen hatten sehr schöne Parade-Uniformen.«

So verankert man Militär-Folklore in der gesellschaftlichen Respektabilität. Wir linken Spinner und Gutmenschen hoffen demgegenüber, dass dereinst alles Militärische aus der Welt des »Normalen« verbannt ist und Exerzierübungen endlich allgemein als das erkannt werden, was sie sind: Schreiend komische Verrenkungen ohne jeden physiotherapeutischen Nutzeffekt. **omo**



Foto: Antelmann

Der Forschungsreaktor – fotografiert aus einer Nachbarwohnung

## Strahlendes Zehlendorf?

Bedrohung durch den Forschungsreaktor in Wannsee

**A**n der Grenze des Bezirks Steglitz-Zehlendorf nach Potsdam steht der Atomforschungsreaktor des Helmholtz-Zentrums Berlin für Materialien und Energie. Unmittelbar neben einem Wohngebiet. Einige hundert Meter entfernt befindet sich ein öffentlicher Kinderspielplatz. In der Informationsbroschüre des Betreibers für die Anwohner steht, der Reaktor sei durch eine zwei Meter dicke Betonwand sicher umschlossen. Sie verschweigt, dass der nach oben offene Schwimmbadreaktor gegen unverhoffte innere und äußere Schadensereignisse und erst recht gegen Gefährdung durch terroristische Anschläge ungeschützt in einer einfachen 40 Jahre alten Werkhalle untergebracht ist.

Eine Reaktorkatastrophe hätte bei ungünstiger Wetterlage zur Folge, dass eine 20 Kilometer breite Zone evakuiert werden müsste. Das ist das Ergebnis einer im Auftrag der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz durchgeführten Studie des Öko-Instituts Darmstadt von Mai 1990. Große Teile Berlins und Potsdams könnten für Jahrzehnte unbewohnbar bleiben.

Nicht nur das Fehlen eines Schutzmantels (Containment) beunruhigt. Eine weitere Schwachstelle ist die Kalte Neutronenquelle (KNQ). Sie enthält auf minus 250 Grad gekühlten Wasserstoff und dient der Verlangsamung der Reaktorneutronen zum Zweck der Untersuchung und Entwicklung neuer Materialien. Wasserstoff bildet mit Sauerstoff leicht das hochexplosive Knallgas, das insofern gefährlich werden kann, weil sich die Quelle in unmittelbarer Nähe zum Reaktorkern befindet und es keine Materialien gibt, die auf Dauer der Neutronenstrahlung standhalten.

Die Firma Siemens, deren Tochterunternehmen Interatom den Berliner Forschungsreaktor errichtet hat, behauptete bis 1995, die zutage getretenen Materialfehler seien nicht strahlungsbedingt. Doch schon 1967 hatte Siemens in einem internen Grundsatzpapier beschrieben, wie schnell und unversehens Stähle durch Neutronenbestrahlung verspröden und wie dann Risse und Brüche entstehen können.

Der Forschungsreaktor hat mit zehn Megawatt zwar nur ein Hundertstel der Leistung des Unfallreaktors von Tschernobyl;

aber man sollte die Strahlungsgefahren nicht unterschätzen. Das besonders gefährliche Tritium wird in weit größeren Mengen freigesetzt als in den meisten deutschen Atomkraftwerken. Selbst das wegen hoher Leukämiehäufigkeit bekannt gewordene Atomkraftwerk Krümmel leitet nach den Jahresberichten des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit mit der Abluft weniger Tritium ab als der Berliner Forschungsreaktor. Nach der im Dezember 2007 veröffentlichten Kinderkrebsstudie erhöht sich die Krebsrate bei Kindern unter fünf Jahren, die im Umkreis von fünf Kilometern eines Atomkraftwerks leben, um 60 Prozent, das Leukämierisiko sogar um 120 Prozent.

Nach Ansicht der Internationalen Ärzte gegen Atomkrieg (IPPNW) ist diese Studie die weltweit aufwendigste und exakteste zu diesem Thema. Da die Emissionen der untersuchten Kernanlagen deutlich unter den bisher geltenden Grenzwerten lagen, ist laut Strahlentelex vom 2.10.2008 jetzt erwiesen, dass die für zulässig erachtete Strahlendosis »generell falsch errechnet« ist. Zu diesem Ergebnis kam bereits die aus Anlass der Reaktorerweiterung im Mai 1997 erstellte Expertise der Bremer Wissenschaftler Heike Schröder und Heiko Ziggel. Sie belegt, dass überall auf der Welt, wo Untersuchungen in der Umgebung von Atomanlagen durchgeführt worden sind, vermehrt Leukämieerkrankungen auftreten, vor allem bei Kindern. Warum sind eigentlich Forschungsreaktoren bei der Kinderkrebsstudie ausgeklammert worden?

Das Helmholtz-Zentrum verbreitet, beim Betrieb entstehende radioaktive Stoffe bleiben in jeder Betriebsphase durch eine Vielzahl von Vorsorgemaßnahmen sicher eingeschlossen. Selbst der Informationskreis Kernenergie, eine PR-Agentur der Stromkonzerne, gab in einer Werbebroschüre zu, man könne nicht gewährleisten, dass alle Hüllen der Brennelemente hundertprozentig dicht sind. Beim Betrieb des Reaktors entstehen in den Brennelementen jährlich 200 Gramm des hochgiftigen Plutoniums. Einmal eingeatmet, reicht die Menge von einem Millionstel Gramm aus, tödlichen Lungenkrebs zu erzeugen.

**Dietrich Antelmann**



Foto: Archiv

Dass startende Flugzeuge Lärm verursachen, erkennt mancher erst wenn der Aufstieg über seinem Kopf stattfindet.

## Die Freiheit der Lüfte

Flugzeuge zerstören die Umwelt und machen krank!

**L**ärm macht krank, das weiß heute Jeder. Weil Lärm krank macht, wurde Tempelhof geschlossen und Tegel soll folgen. Das war eine gute Entscheidung. Wenn der Lärm der Grund war und jetzt doch wieder die Flieger über Berlin fliegen, da fragt sich der aufgeweckte Bürger, haben unsere Politiker das vorher nicht gewusst? Auch der Bau des Großflughafens in Schönefeld hat Gegner. Wer will schon Lärm vor seiner Haustür oder besser gesagt: über seinem Kopf? Den betroffenen Menschen des neuen Großflughafens wurde erklärt, dass ja viel weniger Menschen von Fluglärm betroffen seien als bei einem innerstädtischen Flughafen. Die Begründung klingt erst mal vernünftig.

Aber es ist nicht nur der Lärm, der krank macht, es sind auch die Abgase die ein Flugzeug ausstößt. Der Schadstoffausstoß einer Boeing 737 liegt in der Größenordnung von 4.000 startenden Autos. Bei 180.000 Starts pro Jahr, 180.000 Landungen nicht eingerechnet, werden darum Verbrennungsrückstände aus den Triebwerken in der Größenordnung von 7,2 Milliarden startenden Autos über Berlin und Region nieder rieseln. Je nachdem wie viele Passagiere an Bord sind, verursacht jeder Passagier pro Kopf so viel wie 20 bis 40 startende Autos. Seit Jahren ist wissenschaftlich belegt, dass Partikel und Nanopartikel in diesen Verbrennungsrückständen krebserregend und befördernd sind. Unstrittig sind die Auswirkungen auf das Bronchialsystem und die Lungenfunktion. Die Rede ist hier von den Starts der Flugzeuge, während des Flugs entstehen weitere Emissionen, die vor allem die Erd-

atmosphäre schädigen. Darüber sollten sich alle, die in ein Flugzeug steigen, bewusst sein. Wer nach Thailand fliegt, um sich dort eine Woche an den Strand zu legen, weiß oftmals nicht, wie sehr er dazu beiträgt, die Ozonschicht zu zerstören.

Vielleicht sollte auf jedem Flugticket folgender Hinweis stehen: »Fliegen zerstört die Ozonschicht und fördert dadurch Krebs«, oder »Fliegen fördert die Klimaerwärmung«. Als Vorbild dafür kann die Kampagne gegen die gesundheitsschädlichen Folgen des Rauchens dienen. Alle wissen, dass Rauchen ungesund ist, auch die Raucher selbst. Auf jeder Zigarettenpackung liest der Raucher »Rauchen kann tödlich sein«. Wer raucht entscheidet individuell für sich, beim Fliegen ist man Einer von Tausenden, der eigene Anteil ist nur schwer zu fassen. Deshalb bedarf es Aufklärung, hier wäre die Politik gefordert. Die Politik müsste sich gegen

die mächtige Luftfahrtindustrie durchsetzen. Hier stehen ökonomische Interessen gegen Gesundheit und Umweltschutz. In der modernen Industriegesellschaft kann auf die Fliegerei nicht verzichtet werden, aber so wie appelliert wird, das Auto mal stehen zu lassen und zu Fuß zum Bäcker zu gehen, kann man auch darauf achten, das Fliegen einzuschränken. Umweltschutz und Gesundheit stehen gegen die grenzenlose Freiheit der Lüfte.

Durch die Planungen, die Flugrouten über die Stadt zu führen, wären auch viele Zehlendorfer Bürger von Lärm betroffen. Selbst die, die gegen die Schließung von Tempelhof waren, gehen – nachdenklich geworden – nun selbst auf die Barrikaden. Die eigene Betroffenheit macht's möglich. Das ist gut so. Die andere Seite ist, die notwendige Erkenntnis, dass wir mit unseren Fluggewohnheiten den Lärm und die Emissionen, die uns krank machen, selbst verursachen. Bedenken sollten wir allerdings, wie oben angedeutet, dass die Flugrouten über der Stadt nur eine Seite des Problems sind. Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!

**Eberhard Speckmann**

## Vermögenssteuer jetzt!

**E**ine Steuer von einem Prozent auf das Nettovermögen (nach Abzug von Schulden) oberhalb eines Freibetrags von 500.000 Euro für einen Familienhaushalt würde etwa 20 Milliarden Euro im Jahr einbringen. Das ist weit mehr als die jetzt geplanten Kürzungen im Sozialbereich. Sie würde zusätzliche Mittel bringen, um notwendige öffentliche Leistungen in den Städten und Gemeinden, für Bildung, Gesundheitswesen und den ökologischen Umbau zu finanzieren.

Privater Reichtum ist in den vergangenen Jahren massiv gewachsen und hat trotz Krise schon wieder neue Rekordstände erreicht. »Eigentum verpflichtet« – steht im Grundgesetz. Eine Besteuerung des Vermögens nach Leistungsfähigkeit beteiligt Vermögende in gerechter Weise an der Finanzierung der Krisenkosten und des Gemeinwesens.

Unterschreiben Sie online: [www.vermoegensteuerjetzt.de/](http://www.vermoegensteuerjetzt.de/)

Machen Sie die Kampagne bekannt. Sammeln sie Unterschriften. Machen Sie mit!

# Aufgewacht!

Gemeinsam für ein konsequentes Nachtflugverbot



Flugzeug über Bohnsdorf

**V**öllig neue Töne aus Steglitz-Zehlendorf und einigen bisher stillen Umlandgemeinden: Fluglärm, nein Danke. Was ist geschehen? Spätes Besinnen? Nein, es sind die vorgeschlagenen präzisen Flugkorridore und Flugrouten, die die tausenden Flugzeuge nehmen sollen, nachdem sie Schönefeld verlassen haben. Und da wird je nach Flugziel von der graden Linie abgeschwenkt.

Dabei geht es wieder um knallharte ökonomische Interessen. Je kürzer und je enger die Flugradien sind, je kürzer sind die Flugzeiten. Den gesamten Flugverkehr um Berlin und Potsdam herumzuführen, rechnet sich eben nicht. Und da geraten zwischen Berlin und Potsdam plötzlich Wannsee und Grunewald in den Fokus der nach Nord und Nordwest abfliegenden (und von dort kommenden) Maschinen. Das geht zu weit, unser Erholungsgebiet ist gefährdet. Frau Junge Reiher erklärt plötzlich, für uns gehen Sicherheit und Lärmschutz vor ökonomischen Interessen. Junge,

Junge! Aber es ist ja noch nicht zu spät. Die Entscheidung, was zwischen 22 und 6 Uhr wann und wie fliegt, fällt in Leipzig beim ergänzenden Planfeststellungsverfahren. Da können ja auch noch Anträge der BBI-Besitzer gestellt werden.

Liebe Zehlendorfer, ein Flugzeug, das nachts nicht fliegen darf, kann dann auch nicht eure Route befliegen. Gemeinsam könnten wir doch ein Umfliegen der Stadt verlangen. Das hilft nicht nur euch, sondern bei anderen Windverhältnissen auch den Friedrichshagenern, Rahnsdorfern und Hessenwinklern. Und wenn wir dann noch gemeinsam für ein Nachtflugverbot kämpfen, sind wir doch eine schöne solidarische gesamtdeutsche Hauptstadt

**Ernst Welters**

## Termine

**Montag, 03. Januar, 19.00 Uhr**

**DIE LINKE Zehlendorf**  
**Basisgruppenversammlung**  
Nachbarschaftsheim Mittelhof,  
Königstraße 42-43

**Sonntag, 09. Januar, 9 – 14 Uhr**

**Liebknecht-Luxemburg-Ehrung**  
Friedhof Berlin-Friedrichsfelde  
Fahrverbindung: S-Bf. Berlin-Lichtenberg



**Montag, 10. Januar, 19.30 Uhr**

**DIE LINKE Lichterfelde**  
**Basisgruppenversammlung**  
Haus der Naturfreunde, Ringstraße 76  
in Lichterfelde

**Dienstag, 11. Januar, 19.30 Uhr**

**DIE LINKE Steglitz-Zehlendorf:**  
**Öffentliche Mitgliederversammlung**  
Nachbarschaftsheim Mittelhof, Königstr. 42-43

Weitere Termine finden Sie im Internet auf unserer Seite

[www.dielinke-steglitz-zehlendorf.de](http://www.dielinke-steglitz-zehlendorf.de)

## Impressum

### südwestblick

Ausgabe 3/2010  
[die-linke-steglitz-zehlendorf.de](http://die-linke-steglitz-zehlendorf.de)

**Herausgeber**  
DIE LINKE Berlin,  
Kleine Alexanderstraße 28,  
10178 Berlin

**Redaktion**  
Redaktionskollektiv des  
DIE LINKE. Bezirksverband Steglitz-Zehlendorf,  
V.i.S.d.P.: Olaf Michael Ostertag  
E-Mail:

[swb@die-linke-steglitz-zehlendorf.de](mailto:swb@die-linke-steglitz-zehlendorf.de)  
Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte  
sinnwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge  
entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion.  
Redaktionsschluss für diese Ausgabe: 30. Oktober 2010.  
Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 27. Januar  
2011. Die nächste Ausgabe erscheint am 5. Februar 2011.  
Druck: Druckerei Bunter Hund | Tel. (030) 441 37 37  
Gestaltung: sternberg Media | Tel. (030) 42 85 20 88



Karikatur: Klaus Stuttgart

Allen Genossinnen und Genossen, allen Südwestblick-Leserinnen und -Lesern wünschen wir ein frohes Weihnachtsfest und ein friedliches und gesundes Jahr 2011. Kämpfen wir gemeinsam für einen schnellen Truppenabzug aus Afghanistan. Stellen wir uns dem forcierten Sozialabbau entgegen. Treten wir für eine soziale und ökologisch gesunde Umwelt ein. Dann werden wir auch im nächsten Jahr ein frohes Weihnachtsfest begehen können.  
**Die Südwestblick-Redaktion**